

30.01.2018

Pressesprecherin:
Kristina Fabijancic-Müller
Telefon +49 711 22572-34
Mobil +49 160 97272863
kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

Einigung von CDU und SPD zum Familiennachzug darf nicht zu Lasten der Kommunen gehen

Gemeindetagspräsident Roger Kehle zeigte sich besorgt über die Auswirkungen, die die heutige Einigung von CDU und SPD zum Familiennachzug auf die Städte und Gemeinden haben könnte. „Der gefundene Kompromiss darf nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Für uns ist es deshalb jetzt um so wichtiger, dass der Bund seine Integrationsmittel nicht nur verlängert, sondern mehr Geld bereit stellt. „Der Gemeindetag hatte im Vorfeld stets darauf hingewiesen, dass es vor Ort kaum möglich sei, die notwendigen Wohnungen, Kindergarten- und Schulplätze sowie ausreichende Arbeitsplätze zu schaffen, wenn durch den Familiennachzug viel mehr Menschen nach Deutschland kommen. „Ohne diese wichtigen Angebote und Perspektiven für die Neuankömmlinge, wird uns die Integration nicht gelingen. Wir müssen nun, mit Hilfe des Bundes, zusätzliche Infrastruktur für Integration schaffen“, betonte Kehle.

Gemeindetag fordert die Landesregierung auf, den Pakt für Integration zu verlängern

Nicht nur die Hilfe des Bundes ist wichtig, der Gemeindetagspräsident fordert von der baden-württembergischen Landesregierung ein klares Signal, dass der für die Jahre 2017 und 2018 zwischen Land und Kommunen geschlossene Pakt für Integration fortgeführt wird. „Wir müssen jetzt Gespräche über die Fortführung unseres Paktes aufnehmen, der Ende des Jahres ausläuft. Gerade ab der zweiten Jahreshälfte dürften bereits viele Menschen zu uns kommen, die im Rahmen des Familiennachzugs einreisen dürfen. Um für diese Herausforderung für die Kommunen und die Bedürfnisse der Menschen gut gerüstet zu sein, müssen wir den Pakt für Integration verlängern“, erklärte Roger Kehle.